

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel, Susanne Menge und Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)

**Beschaffung neuer Fahrzeuge für das sogenannte Expresskreuz Bremen/Niedersachsen -
Schneller Zug nach Wilhelmshaven verzögert sich**

Anfrage der Abgeordneten Detlev Schulz-Hendel, Susanne Menge und Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 04.12.2019

Laut Medienberichten und Presseinformation der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) vom 03.12.2019 hat die LNVG Probleme mit der Beschaffung neuer Doppelstockzüge, die von Bremerhaven nach Hannover und Osnabrück sowie auf der Linie von Hannover über Bremen nach Norddeich/Wilhelmshaven verkehren sollen, und verschiebt den Kauf dieser (zunächst) um ein Jahr. Begründet wurde dies mit mangelnden Angeboten seitens der Fahrzeuganbieter, die nicht die Anforderungen (u. a. Gepäck- und Sitzkomfort, moderner Fahrgastinformation, WLAN, behindertengerechte Ausstattung) der LNVG erfüllen konnten, sodass die neuen Fahrzeuge für das sogenannte Expresskreuz Bremen/Niedersachsen nun frühestens erst ab Dezember 2024 eingesetzt werden können. Die LNVG hofft, dass Bieter die Zeit nutzen und neue Angebote bis zur neu anvisierten Vergabeentscheidung im Herbst 2020 abgeben können. Von der Bestellung der Triebzüge bis zur Lieferung soll es dann noch etwa vier Jahre dauern.

1. Welche Gründe sieht die Landesregierung, dass die bisherigen Bieter der Ausschreibung entsprechend kein adäquates Angebot unterbreiten konnten, und woraus hegt sie die Hoffnung, dass die Bieter während der Verlängerungsphase im Beschaffungsverfahren ein passendes Angebot unterbreiten werden (können)?
2. Wird nach Auffassung der Landesregierung die LNVG die Ausschreibung im weiteren Beschaffungsverfahren verändern oder anpassen, und wie wird die LNVG vorgehen - auch vor dem Hintergrund des geplanten Einsatzes ursprünglich Dezember 2023, nun Dezember 2024 -, wenn nach der angekündigten Verlängerung bis Herbst 2020 erneut kein passendes Angebot eingeht?
3. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, das Verfahren anderweitig zu beschleunigen, bzw. andere alternative kurzfristige Lösungen, um doch eine Anbindung bis Ende 2023 sicherzustellen?